

Bezugspreis:
In Reichsmark. — Wochensatz 10. —
Monatlich 30. — 3 Monate 85. —
Halbjährlich 4.80. —
Jahrespreis 9.00. —
Für den Ausland bez. durch
Postanweisung 11.00. —
Bestellungen nehmen an Deutsche
Anzeigen, Tschechoslowakei, Dänemark,
Polen, Ungarn, Schweden
und die Schweiz. — Einlagen in
die Postanweisung.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochent-
täglich zweimal, Sonntags und Don-
nerstags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Vorwärts, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 28. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Vorwärts, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die Anzeigenpreise sind in Reichsmark
angegeben. — Wochensatz 10. —
Monatlich 30. —
3 Monate 85. —
Halbjährlich 4.80. —
Jahrespreis 9.00. —
Für den Ausland bez. durch
Postanweisung 11.00. —
Bestellungen nehmen an Deutsche
Anzeigen, Tschechoslowakei, Dänemark,
Polen, Ungarn, Schweden
und die Schweiz. — Einlagen in
die Postanweisung.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochent-
täglich zweimal, Sonntags und Don-
nerstags einmal.

Das Urteil im Kommunistenprozeß.

In dem Prozeß gegen die Weissenfelder Kommunisten ist heute vormittag um 10 Uhr das Urteil verkündet worden. Von den 24 Angeklagten wurden 17 freigesprochen, 7 zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr 9 Monaten bis zu 6 Monaten verurteilt; nur ein Angeklagter bleibt noch weiter in Haft. Freigesprochen wurden die Angeklagten Raab, Schulze, Weiberg, Göge, Stern, Winter, Burkert, Pfeifer, Wehler, Dohow, Jakob, Ernst Franz und Goall gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, und ferner die Angeklagten Hiltl und General infolge Zweifels an ihrer Zurechnungsfähigkeit, sowie schließlich Dräger und Weba.

Verurteilt wurden: Michaelis zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 9 Monaten, Hall zu 1 Jahr Gefängnis, Liebs und Paul Franz zu je 9 Monaten Gefängnis, Dolny, Boh und Krüger zu je 6 Monaten Gefängnis.

Bei der Straffestsetzung für Michaelis ging das Gericht davon aus, daß er ungewöhnlich als Führer angesehen ist, daß er insbesondere das Unternehmen am Abend des 19. August angeregt und die Einteilung der Beteiligten vorgenommen hatte. Das Gericht ist der Ansicht, daß Michaelis zwar nicht gerade ein vollkommener Idealist ist, daß er andererseits aber kein schlechter Charakter sei und aus selbstlosen Motiven gehandelt habe. Daher konnte sich das Gericht nicht entschließen, den Angeklagten, der noch nicht bestraft ist, ins Zuchthaus zu schicken. Andererseits mußte aber in Betracht gezogen werden, welche Folgen die Handlungsweise des Michaelis hatte, daß er die Verantwortung für den Tod des Polizeibeamten trage, daß er infolgedessen ganz unverantwortlich gehandelt habe, als er einem Menschen wie General eine Waffe in die Hand gab. Allen verurteilten Angeklagten wurde je

1 Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet, mit Ausnahme von Michaelis, dem nur zwei Wochen angerechnet werden.

In der Begründung, die Landgerichtsdirektor Dr. Graß dem Urteilstenor vorausschickte, wies er zunächst auf die als besonders ungewöhnlich in diesem Verfahren bemerkten häufigen Angriffe gegen das Gericht hin. Selbstverständlich habe sich der Gerichtshof weder von diesen Angriffen noch von irgendwelchen politischen Erwägungen leiten lassen. Die Zuständigkeitsfrage habe der Gerichtshof erneut geprüft, sei aber bei seinem früheren Beschluß verbleiben. Das den Tatbestand angehe, so habe das Gericht angenommen, daß eine Zentralisierung der Organisation, mit der man es in diesem Prozeß zu tun habe, nicht nachgewiesen sei, und daß ebensowenig der Nachweis dafür erbracht sei, daß zwischen dieser Organisation und der K. K. P. D. ein organischer Zusammenhang bestanden habe. Aber es sei zweifellos, daß es sich um einen wilden Verband handelte, und zwar um einen Verband militärischer Art. Für die militärische Natur dieser Organisation spreche die militärische Einteilung, die einheitliche Führung, die Vornahme militärischer Übungen und Märsche, und schließlich das Auftreten der Leute im Drägerschen Lokal. Das Gericht hat als Tatbestand lediglich die Teilnahme, nicht den Zusammenschluß zu einem militärischen Verband angenommen.

Bzüglich der Strafzumessung hat sich das Gericht einerseits von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß die Bewaffnung junger Leute im Frieden eine große Gefahr darstelle, auf der anderen Seite von der Erwägung, daß es sich um junge Leute von einem gewissen Fanatismus handele. Der Haftbefehl wurde gegen alle Angeklagten, mit Ausnahme von Michaelis, aufgehoben.

Genossin Eschholz ermordet.

Die Luder Zeitung meldet: Montag früh wurde auf ihrer kleinen Wohnung in Schillerstr. bei Lüd die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Stadtratsordnete Frau Therese Eschholz im Bett ermordet aufgefunden. Ihr Schädel war mit einem Reißbrett gespalten, das Bett mit Petroleum überdeckt und angezündet. Gesicht und Oberkörper waren bereits verfault. Als Täterin wurde die frühere Oberlehrerin des Lyzeums aus Lüd, Fräulein Thiele, die in einem Zimmer neben der Getöteten wohnte, ermittelt. Die Thiele bestreitet die Tat und gibt an, daß eine Lampenexplosion vorliege. Nachträglich wurde hinter einem Holzstapel ein blutbesetztes Seil aufgefunden. Die Thiele ist als eine nicht ganz zurechnungsfähige Person bekannt. Frau Eschholz hat sich besonders auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge betätigt.

Die auf so tragische Weise ums Leben gekommene Genossin, die von B. W. als Reichstagsabgeordnete bezeichnet wird, hat dem Reichstag nicht angehört. Sie stand wohl auf der Liste und sollte aus Anlaß der Doppelwahl der Genossin Steinfopf und Heinrich Schulz nachrücken, hat jedoch auf das Mandat verzichtet.

Stressemanns Sorgen.

Für einen sozialdemokratischen Leser der bürgerlichen Presse ist es interessant, mit welcher Festigkeit in dieser der Kampf — um die Sozialdemokratie aufgefodert wird. Zwischen der deutsch-nationalen „Kreuzzeitung“ und den „Deutschen Stimmen“, in denen Herr Stressemann seine Ansichten vertritt, wogt der „Kampf der Geister“ hin und her, während die Sozialdemokratie bei dem ganzen Spiel lächelnder Zuschauer ist. Dr. Stressemann macht die merkwürdige Feststellung, daß sein kürzlich erfolgter Aufbruch in den „Deutschen Stimmen“, auf den wir bereits eingegangen, und in dem bekanntlich um den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung geworden wurde — „nur als eine Absage an den Machtbündel der Sozialdemokratie“ angesehen werden konnte. Besonders wird die Verwirrung im volksparteilichen Lager durch die Behauptung charakterisiert, die sozialdemokratische Presse sei „voll von dem Schrei nach der Regierungsteilnahme“ gewesen. Wir gestehen, von diesem Schrei nichts gehört zu haben.

Wenn zwei sich zanken, erfährt der Dritte die Wahrheit, und wirklich erfahren wir bei dem Rededuell zwischen „Kreuzzeitung“ und Stressemann, aus welchen Gründen dieser inbrünstig um den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung wirbt. Stressemann schreibt:

Wenn die „Kreuzzeitung“ die Rettung aus der gegenwärtigen Lage nur von einer Politik kommen sieht, die die völlige Abkehr von der Sozialdemokratie bedeutet, so unterschätzt sie doch vielleicht die Tatsache, daß man kaum zwei Jahre nach einem verlorenen Weltkrieg und nach einer der größten geschichtlichen Revolutionen kaum gut daran tut, die stärkste sozialistische Partei in verantwortungsloser Opposition herumlaufen zu lassen und sie damit dem Radikalismus in die Arme zu treiben. Es ist wirklich nicht Augenblickspolitik, sondern wohlüber-

legte Zukunftspolitik, wenn man die Situation dahin auffaßt, daß und nicht der Kampf „gegen die Sozialdemokratie“, sondern nur der Kampf Wahrung der bürgerlichen Interessen innerhalb der Gesamtinteressen helfen kann.

Klarer kann nicht zum Ausdruck gebracht werden, was die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung erreichen soll: nämlich die Festigung der bürgerlichen Interessen! Hieron schwächen auch nichts die weiteren Ausführungen Stressemanns ab, die von einer Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum sprechen. Daß der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei schleunigst Neuwahlen in Preußen fordert, nach denen die bürgerliche Mehrheit des Volkes auch die Führung der Regierung mit in Händen hat und versuchen muß, in jüher allmählicher Arbeit aus dem Elend dieser Tage herauszukommen“, nimmt hiernach nicht mehr Wunder. Abbaud der Revolution — so lautet der Kampfspruch der Deutschen Volkspartei wie im Reich, so auch in Preußen. Die Sozialdemokratie aber muß es nach wie vor ablehnen, sich zur Schlepenträgerin einer bürgerlichen Interessenten wahrnehmenden Politik zu machen. Sie wird ihre Aufgabe als Führerin der Arbeiterschaft nicht erfüllt sehen, wenn sie einige Ministerposten von Stressemanns Gnaden erhalte.

Die Brüsseler Tagung.

Brüssel, 28. September. (G. R. B.) Auf der Brüsseler Finanzkonferenz haben nun Schweden, Norwegen und die Schweiz gleichfalls ihren Standpunkt dargelegt. Daraus wurde dann die Erörterung der allgemeinen Finanzen geschlossen. Ein Sonderausschuß wird versuchen, die Ergebnisse dieser Mitteilungen in einem Antrage festzulegen, der der Versammlung zur Abstimmung vorgelegt werden wird. Wahrscheinlich wird in diesem Antrage auf die Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben und die Befugnis der Staaten, gewisse Unternehmungen an sich zu ziehen, ferner auf die Herabsetzung der direkten Steuern gedrungen werden. Vielleicht wird auch den Staaten empfohlen werden, alle inländischen Anleihen zusammenzulegen und alle auswärtigen Schulden zu konsolidieren, so daß statt einer Reihe verschiedener Anleihen innerhalb jeden Staates nur eine einzige inländische und ausländische Schuld übrig bleibt. Weiter wird vielleicht angeregt werden, alle Beschränkungen des in- und ausländischen Handels aufzuheben.

Die irische Rebellion.

Paris, 28. September. Nach einer „Matin“-meldung aus London werden die Nachrichten aus Irland immer ernster und bedrohlicher. In Cork fand heute noch eine sehr starke Explosion statt, die das ganze Zentrum der Stadt schwer erschütterte. Kurz darauf hörte man lebhaftere Detonationen und schweres Maschinengewehrfeuer. Ein ganzes Haus ist in die Luft gesungen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.

Rücktritt des belgischen Kriegsministers. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat Kriegsminister Janon gestern seine Demission eingebracht.

Die Gleichberechtigung in Gefahr

Vom Genossen W. Reinhold, dem Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gärtnerverbandes, wird uns geschrieben: Der Gesetzentwurf über die preussischen Landwirtschaftskammern erregt die lebhaftesten Bedenken bei den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Arbeitnehmern. Bekanntlich waren bis jetzt alle Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handelskammern reine Unternehmerkammern. Erst während des Krieges tauchte der Plan zur Umgestaltung der preussischen Landwirtschaftskammern auf, weil es sich als nötig herausstellte, der Landwirtschaft, dem Gartenbau usw. darin eine bessere Vertretung ihrer Interessen zu sichern als bisher.

Beim Gartenbau hatte man schon im Jahre 1913 insofern einen klüchternen Versuch gemacht, als man ihm, gewissermaßen zum Trost für angeblich undurchführbare Gartenbaukammern, sogenannte Gartenbauausschüsse zubilligte, bei denen aber die Arbeitnehmer, entsprechend der damaligen Auffassung von Demokratie, nur als nebensächliches Dekorationselement in Prüfungsausschüssen für Lehrlinge und dergl. figurierten.

Mit der Annahme der neuen Reichsverfassung treten nun auf dem Gebiete der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung völlig neue Probleme auf, weil der Artikel 165 besagt, daß die Arbeiter und Angestellten dazu berufen sind, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, zu welchem Zwecke u. a. Bezirkswirtschaftsräte und schließlich eine Reichswirtschaft ins Leben zu rufen seien, die naturgemäß paritätisch zusammengesetzt sein müßten.

Die Durchführung dieser Vorschriften ist erst teilweise gelungen, denn wir besitzen von dem allem nur das unterste und oberste Glied, die Betriebsräte und den Reichswirtschaftsrat, der noch dazu auch nur ein vorläufiger ist.

In der Zwischenzeit drängten im preussischen Landwirtschaftsministerium die verschiedensten Gründe dazu, die Reform der Landwirtschaftskammern ernstlich ins Auge zu fassen und plötzlich wurden die Berufsorganisationen vor einigen Monaten mit dem hier zur Beiprochung stehenden Entwurf überrascht, an dessen Zustandekommen sie nicht den geringsten Anteil hatten. Er war so recht ein Produkt doktrinärer Beratungen am grünen Tisch und atmete infolgedessen unverfälschten Geheimratsgeist, sogar das Wort „Lager“ kam in dem Paragraphen über die Beitragsverhebung noch vor.

Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß diese Vorlage allseitig mit sehr gemäßigten Gefühlen betrachtet wurde. Die Agrarierkreise konnten über die ihnen bisher noch nie widerfahrenen Zurücksetzung nicht hinwegsehen und tobten längere Zeit in ihrer Presse unter verstickten Drohungen gegen den Minister, der ihnen ja ein Dorn im Auge ist.

Die Arbeitnehmerschaft war erstaunt, daß dieser Entwurf die sogenannte Drittelung vorsch, d. h. die Kammer zerfällt in je eine Abteilung für Groß- und Kleinagrarien und eine solche für die Arbeiter. Also zwei Drittel Unternehmer gegen ein Drittel Arbeitnehmer und das alles trotz Artikel 165 der Reichsverfassung. Ihre Ueberraschung wuchs aber noch, als man hören mußte, daß sich die in einer Beiprochung deswegen heftig angegriffenen Regierungvertreter mit Behagen auf den Minister selbst beriefen, der gleichfalls der Anschauung sei, daß im Hinblick auf die vielen kleinen Grundbesitzer, die keine Leute beschäftigen, diesen eine besondere Zwischenklasse zugestanden werden müßte, also von Parität keine Rede sein könne. Man ließ sogar durchblicken, daß der Entwurf schon ein Entgegenkommen bedeute, denn man habe ursprünglich die Fünftelung als Grundlage ins Auge gefaßt und auf Grund der Gleichberechtigung hätten die Kleinagrarien Anspruch auf Verächtlichung. Naturgemäß erlebte infolge dieser Einteilung das alte preussische Dreiklassenwahlrecht eine fröhliche Auferstehung und löbte schließlich die Agrarier im allgemeinen mit dem Entwurf aus.

Wir Arbeitnehmervertreter erklärten in der schon erwähnten Beiprochung, daß die Vorlage in dieser Form für uns unannehmbar wäre, die Kleinbesitzer müßten auf Grund der Verhältnismäßigkeit bei ihrem großen Bruder untergebracht werden und verlangten unbedingt Parität, wie sie die Verfassung gewährleistete, aber unsere Einwände wurden mit dem Hinweis abgetan, daß die Landesversammlung das letzte Wort zu sprechen habe!

Das veranlaßt mich, die Flucht in die Öffentlichkeit zu ergreifen, denn gelingt diese Belastungsprobe erst bei uns, wird man sie bei der „Reform“ der anderen Kammer auch auf diese ausdehnen. Denn man kann zweifellos z. B. im Gewerbe die Kleinmeister ebenfalls als Zwischenstufe bezeichnen und ihnen dieselben Sonderrechte gewähren. Dann ist die Gleichberechtigung für immer dahin, obgleich sie an und für sich schon ein Zu-

geständnis an das zahlenmäßig viel geringere Unternehmertum ist.

Außerdem enthält der Entwurf natürlich noch mehrere auf dieser merkwürdigen Einteilung beruhende Unzulänglichkeiten in bezug auf die Beitragsleistung usw., die aber mehr interner Art sind.

Eins muß aber unbedingt noch umgestaltet werden und das ist die Sondervertretung des Gartenbaues, der Forstwirtschaft und Fischerei.

Sollen diese wirklich ihrer Bedeutung gemäß vertreten sein, dann dürfen die dafür vorgesehenen Fachkammern nicht der Landwirtschaftskammer als Nebenabteilungen lose angegliedert werden, sondern es muß klipp und klar heißen: Die Landwirtschaftskammer besteht aus folgenden Fachkammern usw. Man denke nur an die überragende technische Entwicklung der Gärtnerei, die ihr direkt gewerblichen Charakter verleiht und sie zu einem Pionier der heute so bedeutenden Siedlungspolitik stempelt. Sie ist, trotzdem die Gärtnereibergsgenossenschaft, die sich noch nicht einmal über alle deutschen Staaten erstreckt, bereits im letzten Friedensjahre 92 Millionen Mark Rohne verzeichnete, im Reichswirtschaftsrat nur durch zwei Angehörige vertreten und kann also mit Recht Anspruch auf eine selbständigere Stellung erheben. Ebenso muß deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß auch Vertreter der betreffenden Organisationen das aktive und passive Wahlrecht haben müssen.

Außer diesen grundsätzlichen Bedenken tauchen aber auch noch solche organisatorischer Art auf, die es uns, wie gesagt, nahelegen, mit der Verabschiedung des Gesetzes mindestens so lange zu warten, bis das in Aussicht stehende Reichsrahmengesetz erledigt ist, denn auch bei diesem finden sich die hier skizzierten drückenden Gedankengänge. Ferner sollte man doch erst reiflich überlegen, ob man diese Kammern wirklich zu gemischten Vertretungen machen will oder ob es nicht besser ist, sie als reine Unternehmerkörperschaften bestehen zu lassen.

Dabei muß man auch wieder von der Reichsverfassung ausgehen und lediglich die Zweckmäßigkeitfrage entscheiden lassen.

Landarbeiter und Landwirtschaftskammern.

Die Hauptvorstellung des Deutschen Landarbeiterverbandes erfuhr uns, ihre Stellungnahme zu dem Landwirtschaftskammergesetzentwurf gleichfalls öffentlich bekanntzugeben. Sie lautet:

Der Deutsche Landarbeiterverband begrüßt die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der dem Zwecke dienen soll, den alten Landwirtschaftskammern eine neue Verfassung zu geben und sie mit neuzeitlichem Wesensinhalt zu erfüllen.

Der heute leider immer noch rechtsgültige Zustand, daß nur eine Handvoll Großgrundbesitzer sowie einige sonst bevorzugte Persönlichkeiten das Vortrecht besitzen, die Landwirtschaftskammern zu besetzen und damit alle Beschlüsse und Maßnahmen dieser Körperschaften ihren einseitigen Anschauungen untertänig zu machen, wurde bereits in der Vorkriegszeit als wirtschaftlich und sozial ungerecht und schädlich empfunden. Seit dem politischen Umsturz jedoch ist es zu reiflicher Beseitigung gekommen.

Der neue Gesetzentwurf läßt mit erschütternder Deutlichkeit erkennen, daß ein ernstliches Bestreben obwaltet, den Anforderungen der neuen Zeit Rechnung zu tragen. Ein Anspruch ist aber gegen die Dreigruppenwahl des Entwurfs, die unter allen Umständen beseitigt werden muß, zu erheben. Die Absicht, auch die Arbeitnehmer an allen Verhandlungen der Landwirtschaftskammern teilnehmen zu lassen, wird anerkannt. Daß diese Teilnahme aber nur in einer Eindrittelbeteiligung bestehen soll, erscheint uns mit dem Geiste der neuen Zeit sowie mit dem Wortlaut der neuen deutschen Reichsverfassung unvereinbar. Die in der neuen Reichsverfassung ausgesprochene Gleichberechtigung wird im Landwirtschaftskammergesetzentwurf den Arbeitnehmern verweigert. Aus der Begründung des Entwurfs geht mit keinem Wort hervor, warum dies geschieht. Auch sonst ist

ein Grund dafür nirgendwo ersichtlich. Es wird diesbezüglich nun darauf aufmerksam gemacht, daß bei dem bevorstehenden Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte die heutigen Landwirtschaftskammern, also auch die Landwirtschaftskammern, als die Unterstufe dieses Aufbaus benutzt werden sollen. Auch daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Landwirtschaftskammern von Grund auf paritätisch zu organisieren, d. h. die Arbeitnehmer zahlenmäßig zu gleichberechtigter Teilnahme heranzuziehen. Jede Kammer sowie deren Abteilungen und Ausschüsse sind jeweils aus Unternehmern und Arbeitnehmern zusammenzusetzen. Durch das vorgesehene Verhältniswahlverfahren wird im allgemeinen die Gewähr geleistet, daß die einzelnen Gruppen und Richtungen sich nach Gebühr Geltung verschaffen können.

Die Vollparität zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in den Landwirtschaftskammern ist um so dringlicher zu fordern, als zu den Arbeitnehmern im Sinne des Gesetzes ja nicht bloß die eigentlichen Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch die Familienangehörigen der Unternehmer gerechnet werden.

Was die Vertretung der Unternehmer anbetrifft, so enthalten wir uns dazu einer besonderen Stellungnahme. Wir müssen es diesen selbst überlassen, sich dazu zu äußern, ob sie mit den Grundgedanken, wie sie in der Vorlage enthalten, einverstanden sind oder nicht. Jedenfalls schließt die Berücksichtigung aller Unternehmerrgruppen und ihrer Sonderbedürfnisse in keiner Weise aus.

Das Wahlalter ist in diesem Sinne wie im Betriebsrätegesetz festzulegen, nämlich für das aktive Wahlrecht das 18., für das passive das 20. Lebensjahr.

Moskaus Grundirrtum.

In der „Freiheit“ untersucht Ledebour — reichlich spät —, worin denn eigentlich bei allen Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung des Verhältnisses der Unabhängigen zur Dritten Internationale Einigkeit herrsche. Trotz allen Bemühens jedoch muß er, wie jeder unbesangene Beobachter, zu dem Ergebnis kommen, daß von irgendwelcher Einigkeit bezüglich der Fragen von Revolution, Diktatur, Autonomie usw. nicht mehr die mindeste Einigkeit herrscht. Die Forderung nach einer Aufgabe der Selbständigkeit der deutschen Unabhängigen und ihre Abhängigmachung von Moskau bezeichnet Ledebour als den Grundirrtum der Dritten Internationale und fährt fort:

Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind trotz der gegenwärtigen Vorherrschaft des Kapitalismus und trotz der gleichartigen Vorkriegsentstehung, die der Krieg ihnen überall eingeimpft hat, doch so weit voneinander verschieden, daß die zentralistische Leitung der proletarischen Aktionen aller Länder von einem Mittelpunkt aus, gleichgültig, ob das nun Moskau oder Berlin, Paris oder London ist, unaussprechlich zu einer Fehlerquelle werden würde, die jeden Versuch, auf solche Weise die Weltrevolution durchzuführen, zum Scheitern bringen müßte.

Diese „Fehlerquelle“ wird von Ledebour reichlich spät erkannt. Ledebour spricht weiter von der Gefahr, die Verhältnisse lediglich durch die russische Wille anzuhängen, und schreibt warnend:

Wie groß die Gefahr ist, das tritt jetzt schon zutage in den Moskauer Richtlinien, die den übrigen Landesparteien die aus russischen Verhältnissen entstandenen Methoden der russischen Revolution schablonenhaft aufzuzwingen wollen, so in der Regelung der agrarischen Verhältnisse und in der terroristischen Ausübung der Diktatur sogar über das Proletariat und die eigenen Parteigenossen. Die russische Agrarpolitik auf Deutschland übertragen, würde durch Verschlagungen und Aufteilung des Großgrundbesitzes einen wirtschaftlichen Rückschritt herbeiführen und die Sozialisierung auf das äußerste erschweren. Die terroristische Diktatur irgendeines Zentralkomitees würde sich aber das Proletariat Deutsch-

lands ebensowenig gefallen lassen wie das Englands irgendeines anderen wirtschaftlich hochentwickelten Landes.

Das sind ja sehr vernünftige Erkenntnisse, die Georg Ledebour da zur Veröffentlichung bringt. Aber hat er, um solche Erkenntnisse zu gewinnen, erst über 70 Jahre alt werden und die Reise durch die unabhängige Wüste modern müssen?

Lenins Bannbulle.

Ueber Riga sind hier zwei ausführliche Telegramme eingetroffen, von denen das erstere den Inhalt eines Briefes des Moskauer Exekutivkomitees an die U. S. P. D., das zweite einen Artikel Lenins aus der „Pravda“ vom 24. September enthält. In dem Schreiben des Exekutivkomitees, das von der „Freiheit“ als „Bestellte Arbeit“ bezeichnet wird, wird zunächst gegen die Vorberlegung des Unabhängigen-Parteitages auf den 12. Oktober Protest erhoben — eine Einmischung in die innerpolitischen und organisatorischen Maßnahmen einer Partei, wie sie in der Geschichte der Internationale allerdings noch nicht vorgekommen ist. Das Schreiben fordert die „Beseitigung von Renegaten vom Schlage Kautskys und Hilferdings“ und fährt fort:

Die Kommunistische Internationale verlangt nicht die Übergabe der Zeitungen an Spartaisten, sondern lediglich die Redaktionsführung der Zeitungen durch ehrliche Revolutionäre, die jetzt überzeugte Kommunisten sind, obwohl sie bisher noch Mitglieder der U. S. P. sein mögen. Gleichfalls hat die Kommunistische Internationale weder verfehlt noch wird sie verfehlen sich von Personen, die auszuschließen sind. Für die Kommunistische Internationale handelt es sich um den Kampf gegen die opportunistische Richtung, die sich selbstverständlich in den lebendigen, die Revolution verrätenden Menschen personifiziert. Die Resolution läßt ausdrücklich Ausnahmen zu, bezüglich der rechtsstehenden Genossen, die jetzt ihre Fehler eingestehen.

Die Drohnote des Exekutivkomitees — anders kann das Moskauer Schreiben nicht bezeichnet werden — ist in schöner Anlehnung an militaristische Vorbilder aus dem Weltkrieg in einzelne Punkte eingeteilt, die in ihrem strengen militärischen Ton stark an Regimentserlasse und Verfügungen ehemaliger Generale erinnern. So heißt es:

6. Bezeugt das ganze Gebaren Dittmanns und Crispbens die Unmöglichkeit, in einer Partei mit solchen Kleinbürgerlichen Elementen zu bleiben. Durch ihre Schwankungen im entscheidenden Augenblick verraten sie die proletarische Revolution, gleich wie sie jetzt in Italien von Daradana, Modigliani, Turati und Genossen verraten wird. Falls die U. S. P. derartige Verräter aus ihren Reihen nicht vertreiben wird, kann sie nicht als revolutionäre Partei existieren.

Nicht weniger deutlich wird Lenin in seinem in der „Pravda“ veröffentlichten Schreiben, in dem er die „Trennung von den rechten opportunistischen Elementen für notwendig“ erklärt. Immerhin ist er so gütig, den deutschen Unabhängigen bestimmte Ausnahmen zuzugestehen, die wohl für solche gelten sollen, die schärfste Besserung erlösen. Als „Kleinbürgerliche Elemente“ haben jedoch die Hilferding, Dittmann, Crispben, viele Mitglieder der Parliamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich usw. sich als Gunst Lenins veräußert. Der Ruf nach Trennung durchzieht sein ganzes Schreiben, das mit der Aufforderung schließt:

Es ist höchste Zeit, daß die revolutionären Arbeiter die Reihen ihrer Partei von diesen Elementen reinigen und wirklich einheitliche Parteien des Proletariats bilden.

In ihrer Schlußbetrachtung gibt die „Freiheit“ der Meinung Ausdruck, daß es sich bei den meisten Gruppen innerhalb der Moskauer Exekutive, die nicht direkt am Bolschewismus gehören, einfach um Stipendiaten von

In England, Belgien und Holland.

Reiseindrücke von Adolf Braun.

I.

Vor dem Kriege machte man Reiseführern oft den überhässlichen Vorwurf, daß sie Frankreich oder Italien erndtet zu haben meinen. Damals wußte man so viel über die europäischen Länder, daß eine gewisse Kühnheit dazu gehörte, über sie in einigen Reisetextenpöten etwas Neues über ein europäisches Land oder Volk sagen zu wollen. Heute ist es anders. Hinter der zinnernen Mauer, die zwischen den Völkern Europas der unheilvolle aller Kriege erstellt hat, hat sich gar vieles geändert, seitdem die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen gar bitteren Gefühlen der Entfremdung und der Enttäuschung gewichen sind. Ging vor einem Jahrzehnt in jedem Sommer ein Strom von Menschen aus Westeuropa nach Mittel- und Südeuropa und von Mitteleuropa nach Süd- und Nordfrankreich, nach Belgien und nach England, so ist dieser Verkehr heute auf ganz wenige Menschen und auf engbegrenzte Fristen beschränkt. Abseelen von einer mehr formalen Passkontrolle, war der Verkehr zwischen den Ländern gänzlich unbehindert, kein Paß, keine Ausweispapiere, in England keine polizeiliche Anmeldung wurden gefordert, um von Deutschland „einzureisen“. Heute sind alle möglichen Formalitäten notwendig, die Dringlichkeit der Reise, die Darmlosigkeit des Reisenden müssen den heimischen und den fremden Behörden erwiesen werden. Zahlreiche Paßgebühren werden abgemessen, weil man deutsches Geld nicht ins Ausland tragen lassen will, weil die Ausländer die Deutschen nicht bei sich sehen wollen. Die ausländischen Behörden bei uns wagen oft auch dann nicht, die Reisefreiheit zu erteilen, wenn für sie kein Grund für die Ablehnung vorliegt, sie lassen sie erst in ihrer Heimat gewähren. Sind alle Polizeiverordnungen überwunden, so kann man berechnen, daß einem der Paß schon mehr Mühe gekostet hat, als vor dem Kriege als gesamte Reisefreien notwendig waren. So verlangt Belgien von einem Deutschen lediglich für das Recht auf Durchreise, ohne das Recht auf die Rückreise, ohne das Recht, in Belgien die Reise zu unterbrechen, 300 M. Das Recht auf den Aufenthalt wird zeitlich ganz genau begrenzt; langt man im fremden Lande an, wird die Dauer des Aufenthalts, die die auswärtige Poststelle, sei es selbst die Postfach des Landes, gewährt hat, bei der Ankunft auf fremdem Boden noch auf ganz kurze Frist eingetrennt. Dazu kommen Verpflichtungen zur Anmeldung und Abmeldung, es geschieht also alles, um dem Deutschen das Reisen ins Ausland abzugewöhnen und um seine Sehnsucht nach einer Wiederholung aufkommen zu lassen. Der Frieden ist zwar geschlossen, aber man erschwert das gegenseitige Verständnis der Völker, man häßt nicht den wirklichen Frieden zwischen den Nationen an, man erschwert gegenseitig, das Menschliche zu empfinden und an sich empfinden zu lassen.

Das man endlich alle Formalitäten erledigt und sitzt man im Eisenbahnwagen, so muß man mit Geduld und Gemütsruhe die vielen Paßkontrollen ertragen, deren Rigorosität fast so groß wie

ihre Benützung ist. Der Schreiber dieser Reiseindrücke hat sechs Paßkontrollen auf dem Weg von Ostende bis Ventheim durchgemacht.

Doch sprechen wir nun von den Eindrücken! Natürlich will ich nicht erzählen, daß der Tower und daß die Pauluskirche noch stehen. Ich könnte freilich erzählen, daß an dem gewaltigen Parlamentsspalast der Welt, am Westminster in London, große Gerüste stehen, daß manche Plänen in dem überdacht gebauten Gebiete in der City bei der Bank von England, nahe den Ministerien, auch an anderen Stellen Londons zu beobachten sind, aber die das englische Volk nichts erfahren ließ, wohl gerade, weil sie von Zeppelins herabsehen dürften. Als Deutscher in London nach diesen Ursachen zu forschen, empfiehlt sich nicht. Zurückhaltung in Gesprächen über den Krieg schien mir auch auf englischem Boden sehr notwendig. Aber das erlaube ich wohl, daß jeder Angriff der Zeppeline zwar nicht die Kraft Englands, aber den Einfluß der Friedensfreunde, ihre Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, überaus erschwert hat. Ein ganz entschiedener Deutschenfreund, mit dem mich freundschaftliche Beziehungen verknüpfen, sagte mir, daß er nicht fassen konnte, daß die Deutschen irgendeinen Nutzen durch die Zeppelinsangriffe zu erreichen hofften. Wie wenig die Deutschen das englische Volk verstanden, habe man erst erkannt, als die Oberste Heeresleitung meinte, mit dem Zeppelin in England irgendeine andere Wirkung ausüben zu können als die der äußersten Verschärfung des englischen Kriegswillens.

Jetzt Tage verbrachte ich in England. Die Zeit war viel zu kurz, um sich ein Urteil über England, auch nur über die mich besonders interessierenden Fragen und Personenkreise zu bilden, so über die Tiefe der Verbrennung der Engländer gegen die Deutschen und über das Problem, wie man diese beiden doch zueinander gehörenden Nationen wieder einander näherbringen könnte. Leicht könnte man aus meinen Erfahrungen viel zu günstige Antworten auf diese Fragen erhalten. Ich will bloß erzählen, was ich selbst im Kreise von Sozialdemokraten erfahren habe. Diese gehörten fast ausnahmslos dem Kreise der Intellektuellen an. Es waren leitende Männer der Fabian Society und der Labour Party, dann auch vereinzelte Angehörige anderer Parteien. In dem sehr intensiven Verkehr habe ich niemals eine auch nur entfernte als Unfreundlichkeit zu deutende Haltung oder Geste bemerkt. Man kam mir stets auf das Liebendste entgegen, man zeigte das lebhafteste Interesse an den deutschen Verhältnissen, das sich in einer Fülle fast ausnahmslos ausgezeichneter formulierter Fragen äußerte. Der Glaube an die Kraft und Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, an seine geistigen Fähigkeiten, an seinen kraftvollen Willen war ganz allgemein. Für alle Erörterungen über Mittel und Wege, Deutschlands Lage zu verbessern, die Last des Vorkriegs Friedensvertrages zu erleichtern, war viel Aufmerksamkeit vorhanden.

Das Urteil aller Engländer, mit denen ich in Berührung kam, über Lloyd George war absperrig und unfreundlich. Man war erkennt, von mir zu hören, daß man in Deutschland über seine Fähigkeiten, über seine staatsmännische Begabung vielfach sehr günstig urteilte.

Von Produkten, die man als deutsche erkennen konnte oder die das Made in Germany aufgedruckt hatten, sah ich, abgesehen von

einigen ganz alten elektrischen Maschinen, nicht das Mindeste. Erst in Holland sah ich wieder in Deutschland hergestellte Autoschlarten. Doch sind die Leistungen der Engländer auf diesem Gebiete sehr respektabel geworden. Die englischen Produkte: Wagen, Maschinen etc., was man in den Auslagen sieht, haben mir einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Die Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland scheinen stark gestiegen zu sein. Ein aus Deutschland stammender Kaufmann aus der City, dessen persönliche Beziehungen zu Deutschland, trotz seiner englischen Staatsangehörigkeit, sehr intim sind, sagte mir auf die Frage nach Japans Stellung im Handel, daß sich die Japaner durch ihre Unsolvenzität das Geschäft gründlich verderben. Niemand wolle japanische Waren kaufen, und mit Japan mache man am liebsten nur reine Bargeschäfte. Die japanischen Aktien entfallen in der Regel nicht so viele Waren als man im Vertrauen für die Versicherung des Lieferanten bezahlt. Weit lieber als mit Japan würde der englische Kaufmann auch jetzt mit Deutschland Geschäfte machen. Aber die Preise der deutschen Waren seien heute so hoch, daß der Engländer, rein kaufmännisch betrachtet, nicht mehr kaufen könne. Dazu komme die Unsicherheit des Kursstandes der Mark, der in bestimmten Zeitpunkten günstige Geschäftsbeschlüsse mit Deutschland machen lasse, die aber oft sehr ungünstig ausfallen, weil beim Eintreten der Zahlungspflichtung ein ganz anderer Preis im englischen Gelde zu zahlen sei, der dann die Ware unrentabel macht. Nicht die Abwertung gegen deutsche Waren, die zwar vorhanden ist, aber zu überwinden ist, und die sich abschwäche, oder die Unsicherheit unseres Geldweises erschwere die Wiederannahme des Handelsverkehrs. Auch von gelehrten nationalökonomischen Seite wurde mir versichert, daß für die englisch-deutschen Geschäftsbeziehungen von ausschlaggebender Bedeutung wäre, daß man mit einer Stabilität des deutschen Geldweises rechnen könne. Ein Universitätsprofessor bewährte sich bei mir über die ihm unverständlichen Maßnahmen der deutschen Regierung, die den Kauf deutscher wissenschaftlicher Werke in England den Gelehrtenkreisen unerschwinglich machen. Und doch ist nichts wichtiger für die Gesundung der englisch-deutschen Beziehungen, als wenn die des Deutschen mächtigen Schichten der englischen Bevölkerung, die ihrer ganzen Stellung nach eine besonders starke Einwirkung auf die Bildung der öffentlichen Meinung haben, nicht gehindert werden, deutsche Bücher zu kaufen, und die Möglichkeit erhalten, sich aus deutschen Zeitchriften über die Entwicklung Deutschlands und über die geistigen Strömungen im deutschen Volke aufzuklären.

Es war mir nicht möglich, auf englischem Boden eine deutsche Zeitung zu kaufen. Ich sah sie nur in den Bureaus der Labour Party (der Arbeiterpartei), die weit besser eingerichtet sind, als die Räume anderer Parteivorstände. Auch die Zahl der dort tätigen Personen ist erheblich größer. Die Ausgaben für das Bureau sind, in Mark umgerechnet, ein Vielfaches unserer Ausgaben. Neben dem Haupte, das der Arbeiterpartei gehört, steht das Haus, in dem die Bureau des Labour Reichs Departement eingerichtet sind. Viele Einkünfte, die der Erziehung der Arbeiterverhältnisse dient, wird erhalten von der Arbeiterpartei, den Gewerkschaften, den Genossenschaften, auch zahlreiche Parteimitglieder zahlen besondere Beiträge

Moskau handelt, um Vertreter, deren Bewegungen ohne russisches Geld zusammenbrechen würden, also um Werkzeuge der russischen kommunistischen Partei. Auch die „Freiheit“ schließt ihre Ausführungen, wie Bedebour, mit einem Hinweis auf den „unduldsamen, sektiererischen Geist und die Unannehmbarkeit der Moskauer Bedingungen“.

Der Kampf um die „Freiheit“.

Die „Freiheit“ sieht sich heute genötigt, einen Beschluß der Prekmission abzugeben, der ihrer Redaktion „das schärfste Mißtrauen“ ausdrückt. Da eine Verbandsgeneralsammlung vor dem Parteitag nicht mehr einberufen werden soll, sollen die Distrikte zu diesem Beschluß Stellung nehmen, worauf die Prekmission erneut zusammentreten will.

Die Redaktion teilt mit, daß die Mißtrauenserklärung nur von 15 der 28 Kommissionsmitglieder (also doch der Mehrheit!) unterzeichnet ist. Sie erklärt, der Beschluß der Kommission bezwecke, die Partei vor bestimmte Tatsachen zu stellen. Die Redaktion ließe sich nicht an ihren Posten, müsse aber verlangen, daß in der Partei das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gewahrt werde, solange die Anzeigen noch keine diktatorischen Befugnisse hätten. Schließlich beklagt sie sich, daß man in den Distrikten Mißtrauenserklärungen gegen sie annehmen lassen wolle, ohne daß sie Gelegenheit gehabt hätte, sich vor den Parteigenossen zu äußern.

Allem Anschein nach kämpft die Redaktion auf einem verlorenen Posten. Sie wird alsbald, entsprechend dem Moskauer Diktat, überzeugten Kommunisten Platz machen müssen.

Landarbeiternot in Ostelbien.

Zu unseren ausführlichen Mitteilungen über die trostlose Lage der Landarbeiterschaft auf zahlreichen östlichen Rittergütern, die wir in Nr. 463 unseren Lesern zur Kenntnis brachten, ist uns von unerwarteter Seite eine Bestätigung zugegangen, nämlich von dem Besitzer des Rittergutes Vorkendorf selbst. Zwar nennt er die Zufuhr, die er an uns richtet, in gänzlicher Verkennung des Brechgesetzes eine Verächtigung, doch geben wir gern unseren Lesern Punkt 1 seiner Ausführungen im Wortlaut zur Kenntnis. Er schreibt:

Es ist richtig, daß in den Stuben sehr vieles in Unordnung ist, richtig ist, daß in alten Häusern Reparaturen notwendig werden, die bei mir, nachdem ich davon unterrichtet bin, sobald als möglich ausgeführt werden.

Aus diesen Worten des Herrn Rittergutsbesizers hört man ordentlich die Dankbarkeit heraus, daß wir ihn endlich über die Zustände auf seinem Gute unterrichtet haben. Im Punkt 2 seines Schreibens an uns bestätigt der Gutsherr weiter, daß die Schulkinder in den Ferien sich an den Landarbeiten beteiligt haben, bestreitet aber, daß dies gezwungenermaßen erfolgte. Wir glauben gern, daß der Herr Rittergutsbesitzer die Kinder nicht mit der Peitsche in der Hand an die Arbeit gedrängt hat; aber die Not ist auch eine Peitsche, und wer unter ihrem Joch schon als Kind arbeiten muß, dessen Arbeit kann nicht mehr als freiwillig bezeichnet werden.

Noske über Deutschlands Lage.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, der frühere Reichswehrminister Noske, hielt den Unterwesern einen Besuch ab. Vor unseren dortigen Genossen hielt er eine Rede über die politische Lage, in der er u. a. einem Bericht der „Allg.“ zufolge, hervorhob:

Im Augenblick in die jetzt rein bürgerliche Regierung einzutreten, liegt für die Reichswehrsozialdemokratie kein Anlaß vor. Die Unabhängigen haben auf die gegenwärtige Regierung lange nicht so geschimpft, wie auf diejenige, in der die Reichswehrsozialdemokraten vertreten waren. Wenn die gegenwärtige Regierung gekürzt wird, entsteht die Frage, was dann kommt. Eine Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie ist bei dem Verfall der unabhängigen

für dieses Bureau, in dem sehr viel gearbeitet wird, und aus dem wichtige Veröffentlichungen stammen.

Ueber das, was ich sonst in London und Südenland gesehen habe, will ich im Interesse des sehr engen Raumes nicht mehr berichten.

Das gefährliche Schwefel. Kürzlich erlitt ein junger Londoner Arbeiter beim Reinigen eines Essiggefäßes durch die dem Gas entweichenden Gase den Tod, und ein gleiches Schicksal ereilte mehrere Bootsführer, die beim Entladen eines Schiffes durch die Gase getötet wurden, die einer Wasserdampfer entströmten. Wie einem Mitarbeiter der „Daily News“ anlässlich dieser aufsehenerregenden Todesfälle von Sachverständiger Seite erklärt wurde, entwickeln Erdbeeren, Datteln, Judder, Kartoffeln und Getreide, die unter normalen Umständen völlig harmlos sind, tödlich wirkende Gase, wenn sie dem Schwefel zugänglich sind.

Salvarandentwurf des Wohlfahrtsministeriums. Der bekannte Voltaire a. D. Dr. Dreum, Mitglied des Reichs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Wohlfahrtsministerium, wurde vom Wohlfahrtsminister amtlich beauftragt eine Denkschrift über die Salvaranfrage auf Staatskosten zu verfassen unter der Bedingung der redaktionellen Prüfung durch das Ministerium.

Theater. Die Operette des Theaters am Kollndorfsplatz „Wenn Liebe erwacht“, die auf der Linie zur Komischen Oper erwachen ist, konnte gestern befristet auf die 26. Wiederholung besorgen. Die leidenschaftlichen Fans ihrer herrlichen Bilder, geschöpft aus der Lebensluft der Eugénien-Zeit, zeigen das Auge anheimeln. Der Blick zur Komik, ihre feine laubere Feinheit der Gestaltung auch des barocksten Humors, der gut verteilt und prächtig getragen (vor allem durch Clara Baldoff's wohlwollig-rasche Natur) in die Handlung gestochen ist, machen die Stunden zur angenehmsten Unterhaltung.

Das kleine Schauspielhaus bereitet als nächste Neuheit für Anfang Oktober Karl Schindlers „Kindertragödie“ vor.

Eine antarctische Expedition hat am Montag London verlassen. Sie besteht aus fünf Mitgliedern und wird von Comte geführt, der bereits an der Expedition Expeditionsleiter teilgenommen hat. Die Dauer der Expedition soll sieben Jahre betragen. Es soll versucht werden, den Südpol auf dem Luftwege zu erreichen.

Karl Ludwig Schleich. Der Karl Schleich als Künstler lebt und seine reiche Kulturpersönlichkeit schätzt wird als Ergebnis seines Vortragens eigener Dichtungen im Beisein von am Sonntag offen ansprechen, daß weder der Vortragende noch die Dichtungen sich für diese Art der Publikation eignen. Schleich ist kein guter Interpret seiner Schöpfungen, und diese müssen von einzelnen gelesen, nicht aber vor einem Vortragenden zum Kenntnis gebracht werden. Dann verhalten sie sich anders und können mitunter sogar total. Schleich sprach in einem fast militärischen Tone, der auch die letzten lyrischen Wirkungen untergehen ließ. Auch hatte man den Eindruck, er wolle das Geben, was sein wenig Wertvolles ist. Jedenfalls hören wir nichts von dem, was wir an Schleich lieben.

Weinhandelspläne. Max Reinhardt wird seine Interessen zunächst der Vorbereitung des Salzburger Festspielhauses zuwenden, dessen Bau nach den Plänen Alfred Hollers bereits im nächsten Monat beginnt. Die Eröffnung unter Reinhardts Leitung ist für den 15. Juli 1921 in Aussicht genommen.

Sozialdemokratie ebenso ausgeschlossen, wie mit dem Zentrum und den Demokraten zusammen. Eine Uebernahme mit den Nationalen ist gleichfalls ausgeschlossen; insfolgedessen müssen wir die Zeit reifer werden lassen, um dann an Neuwahlen zu denken.

Weiter berührte Genosse Noske die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er wies auf die Bedrückungen durch die Entente hin und erklärte, wenn alle Forderungen, die die Feinde an Deutschland stellen, durchgeführt werden sollten, müßte jeder Familienvater im Jahre 4500 R. Steuern aufbringen. Das sei unmöglich.

Kommunistenumtriebe in Amerika.

Paris, 28. September. Die „Chicago Tribune“ meldet: Der frühere russische Sekretär Schechschach wurde gestern in Chicago vor Gericht vernommen. Es wurde aus den bei ihm beschlagnahmten Papieren festgestellt, daß die Moskauer Regierung mit etwa 50000 amerikanischen radikalen Beziehungen unterhalten hat und daß von Moskau aus riesige Geldsummen zu Propagandazwecken nach Amerika geschickt worden sind. Wie aus den Papieren hervorgeht, sind allein 50000 Dollars nach Chicago geschickt worden.

Reichsverkehrskonferenz in Würzburg. Laut „München-Kuglburger Abendzeitung“ ist für Ende dieser Woche eine Reichsverkehrskonferenz durch den Reichsverkehrsminister nach Würzburg einberufen worden, die sich mit der allgemeinen Verkehrsfrage im Reich beschäftigen wird.

Groß-Berlin

Hausrat.

Im Schöneberger Rathaus veranstaltete Frau Dr. Müller-Oestreich, die Deputyministerin des Reichswirtschaftsministeriums, und der Architekt Rabach eine Ausstellung der Gemeinnützigen Gesellschaft „Hausrat“.

Es werden mehrere Zimmereinrichtungen gezeigt, die durch gefällige Formen und zum Teil durch ihren farbigen Ladanstrich auffallen. Da ist z. B. ein leuchtend ultramarines Schlafzimmer und eine feuerrot lackierte Küche, die übrigen Möbel sind hell und dunkel gezeichnet. Die Einrichtungen stammen aus den Werkstätten der Architekten Heinrich Tessenow, Riemermidt, Rabach, Spannagel, Kunstgewerbeschule Kiel, Rißler. Zum Teil ist Kleinfornholz, Kirschholz, Eiche verwendet worden, auch ein Papierstoffspiel von Heideich ist zu sehen. Papierstoff in Blau ist einmal in einem Herrenzimmer von Rabach für Möbelbezüge verarbeitet worden. Auch sonst findet man noch Papierstoff, z. B. für Bettdecken, im hellen Farben. Wie sich diese Papierstoffe im täglichen Gebrauch bewähren, läßt sich aus der Ausstellung nicht ersehen. Vielleicht sind sie brauchbar, vielleicht auch nicht, es ist damit, wie mit den farbigen gezeichneten Einrichtungen, die im neuen Zustand ausgezeichnet sind. Vielleicht wäre es im Interesse der Aussteller dieser Arbeiten empfehlenswert, derartige Versuchssubjekte in gebrauchtem Zustand dem Publikum vorzuführen. Es würde bestimmt die meisten Kreise interessieren, wenn einmal eine Hausrat-Ausstellung veranstaltet werden würde, zu der nur Arbeiten zugelassen werden dürfen, die mindestens ein Jahr in einem Haushalt für den die Stücke geschaffen wurden, nachweislich gebraucht worden sind.

Außer Zimmern und Bücheinrichtungen sind einfache Wirtschaftsküchen ausgestellt. Sehr gute Tomaten fandte die Mojikil-Manufaktur Karlsruhe, Punglau, und die Keramische Handwerkskunst Vellien aus Hellaun kamen ausgezeichnete Messingarbeiten. Der Botanische Garten, Dahlem, zeigt geschmackvolle Anordnungen von Zimmerpflanzen. Brauchbares hübsches Glaszeug fehlt. Dagegen ist die Abteilung Hauskleider sehr reich, aber, wie schon an anderer Stelle erwähnt, wenig glücklich beschnitten. Die Betriebswerkstatt Berlin hat warme Winterhaube für billigen Preis ausgestellt. Planchschachen, für unseren kalten Winter bestimmt. Eine Schürze fällt auf, aus der Vestalossi-Fröbel-Schule, praktisch in Schnitt und Stoff, hübsch verziert mit einfacher, waschechter Häkelspitze. Von solchen Arbeiten sollte man verschiedene Dutzende aufstellen.

Ganz kleiner Hausrat, geflochtene Röhrichtchen, Leinwand und andere Handarbeiten sind reichlich vertreten, die einfachen farbigen Stoffe von Rabach fallen angenehm auf.

Eine Schieber-Existenz.

Vom Chauffeur zum Millionär.

Eine treffende Illustration für das Zustandekommen einer Schieberexistenz, wie sie der Krieg in Massen großgezogen hat, bildet der folgende Polizeibericht über das Leben eines solchen Schmarobers, der es vom Chauffeur zum Schlagfabrikanten brachte und dann hinterherhin Spielklubunternehmer, Vordellbesitzer und schließlich Millionär wurde.

In Hamburg wurde auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei ein gewisser Edmund Breil verhaftet, der wegen großer Teppichdiebstähle seit Mai d. J. eifrig gesucht wurde. Breil war im Jahre 1915 im Kriegsdienst Kraftwagenführer in Hamburg. Von dort wurde er dann nach Berlin veretzt. In Berlin wurde Breil bald Chauffeur des Vizepräsidenten von Payer, kam so aus der Kaserne heraus in eine Privatwohnung und gewann viel freie Zeit. Diese benutzte er dazu, in der Wilhelmstr. 1a eine Schlagfabrik zu gründen. Im Betrieb stand ihm seine Geliebte, die er dann heiratete, zur Seite. Seine „Schlagfabrik“ bestand aus Cellulosefaser, Gelatine und Wasser. Die Fabrik begann mit einem Betriebskapital von 800 R., und Breil besah nach 1 1/2 Jahren bereits 400 000 R. Aber trotz der Billigkeit seiner Rohstoffe kamme dieses Vermögen doch wohl nicht allein aus der Schlagfabrikfabrik. Es verlaute mehren, daß Breil den größten Teil durch Hehleregeschäfte erworben habe. So geriet er auch in den dringenden Verdacht, die schweren Orientteppiche, die am 16. Juni 1918 bei Quantmeyer u. Ende in der Wilhelmstraße gestohlen wurden und damals schon über 200 000 R. wert waren, von den Einbrechern erworben zu haben. Als man ihn festnehmen wollte, ergab sich, daß er aus seiner luxuriös eingerichteten Sechszimmerwohnung in der Wilhelmstr. 146/47 auszugehen war und in Düsseldorf für eine Viertelmillion die Villa des Ersten Staatsanwalts gekauft hatte. Hier hatte er einen Spielklub betrieben. Nach dem Verkauf der Villa war er jedoch wieder verschwunden. Der Verkauf allein hatte ihm wieder 100 000 R. eingebracht. In der Villa fand man zwar nicht die Teppiche von Quantmeyer u. Ende, wohl aber andere Orientteppiche, im ganzen 91, die zum Teil als gestohlen erkannt sind.

Breil wurde jetzt in Hamburg ermittelt und verhaftet. Hier hatte er in der Wilhelmstr. 40 ein Bordell erworben, dessen Betrieb ihm nach Befragung von Zeugen täglich eine Reineinnahme von 15000 R. einbrachte. Die Einrichtung selbst hat einen sehr hohen Wert. Für die Spielerei der nach Verhaftung Muster eingerichteten Galerie allein wurde ihm eine Viertelmillion Mark geboten. Der Verhaftete wurde nach Berlin veretzt und von der Kriminalpolizei eingehend verhört. Er bestreitet die Hehlerei und behauptet, daß er alles, was man bei ihm fand, auf redlichem Wege erworben habe.

Ein unauferklärter Todesfall.

Beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. In der Pringenzstr. 80 wohnt die Familie des Schankwirts Schröder, bei der als Wamsfeld eine 68 Jahre alte Helene W o r t z aus der Seestr. 55 an Reinholdsdorf beschäftigt war. Gestern nachmittag Nagte die Frau über

heftiges Unwohlsein. Heute früh fand die Wirtin die 68jährige unter eigenartigen Umständen tot auf. Sie lag, nur mit dem Hemde bekleidet, mit dem Kopf in einem Eimer, der neben der Wasserleitung stand. An der Stirn hatte sie eine fingerlange, flammenförmige Wunde, die die Schädeldecke freigelegt hat. Es muß angenommen werden, daß die Kranke plötzlich heftiges Unwohlsein verspürt hat, aufgestanden ist, um zur Leitung zu gehen und dabei umgefallen und mit dem Kopf aufgeschlagen ist. Sondernbereits aber findet sich keine Stelle, die Blutspuren infolge des Aufschlagens aufweist. Vollständigen Aufschluß über diesen Todesfall dürfte erst die Obduktion ergeben. Die Leiche wurde deshalb, nachdem sie fotografiert worden war, nach dem Schauhaufe überwiesen.

Zu dem Mord an dem Kaufmann Engelmann in der Anienstraße wird mitgeteilt, daß die Frau des Ermordeten von Schneidemühl hierhergebracht und von Kriminalkommissar Legtmeyer eingehend verhört worden ist. Sie weiß jeden Veracht, mit dem Verbrechen irgendwie zu tun gehabt zu haben, entschieden von sich. Angehalten wurde in der vergangenen Nacht am Weidenweg ein Mann, auf den die Beschreibung des Mannes paßt, der gleich nach dem Mord gesehen wurde, als er das Haus verließ. Er bestreitet die Tat. Vorläufig wurde er in Gewahrsam behalten, um Zeugen gegenübergestellt zu werden.

Was soll man gegen die Gasperre tun?

Unsere Hausfrauen wissen ein Lied davon zu singen, welche Unbequemlichkeiten ihnen die immer noch bestehende Gasperre auferlegt. Nur zu oft ist es unmöglich, sich in der Hauswirtschaft so einzurichten, daß man in den Sperrstunden nicht zu kochen braucht. Unter der Gasperre haben aber auch die dunklen Tagen des vorigen Winters aus Geschäfte und Behörden gelitten, die für ihre Kontors und Bureau auf Gaslicht angewiesen waren.

Für die Bureau des Waisenhauses der Stadt Berlin hat das Wasserrat auf Abhilfe gesonnen, und es ist auf den nahegelegenen Gedanken verfallen, die Gasbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Der Magistrat hat diesen Vorschlag gebilligt und ersucht nun die Stadtverordneten um Bewilligung der erforderlichen Mittel zur Umänderung der Beleuchtungsanlagen. In der Begründung seines Antrages weist er ausdrücklich auf die Gasperre und die im letzten Winter aus ihr entstehenden Schwierigkeiten hin und sagt: „Da auch in diesem Winter die Kohlennot und die Gasperre anhalten wird, so würden sich diese Unzulänglichkeiten wiederholen.“ Daß auch elektrisches Licht nicht ohne Kohlen hergestellt werden kann, davon schweigt der Magistrat.

Man sieht, wie Behörden sich zu helfen wissen. Ah, wenn es doch den Hausfrauen ebenso leicht wäre, sich den durch die Gasperre verursachten Unbequemlichkeiten und Erschwernungen zu erwehren! Wohlhabende Leute können es sich leisten, das Beispiel des Magistrats nachzumachen und die Gasbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Wer's aber nicht dazu hat, der muß sich weiter mit Gas begnügen und unter der Gasperre leiden.

Die Auflösung des Wohnungsverbandes. Das Inkrafttreten der neuen Stadtgemeinde Berlin mußte die Auflösung des Wohnungsverbandes als kommunalpolitische Notwendigkeit zur Folge haben. Ein Erlass des preussischen Wohlfahrtsministers ordnet nunmehr an, wie sich die Auflösung des Verbandes und die Ueberführung seiner Geschäfte auf die neue Stadtgemeinde und die beiden Restkreise Teltow und Niederbarnim in schnellster Weise praktisch zu vollziehen hat. Demnach gehen sämtliche Geschäfte betreffend den Mieterstand, die Höchstmietregelung, die öffentlichen Wohnungsbenutzung, das Flüchtlingswesen und dergleichen bereits am 1. Oktober auf Berlin und die Restkreise über. An der Verteilung neuer Reichszuschüsse zu neuen Bauten wirkt der Wohnungsverband nicht mehr mit. Die begonnenen übrigen Geschäfte werden dagegen beibehalten und von den bisherigen Organen des Verbandes abgewickelt und am 1. Dezember d. J. auf Berlin und die Restkreise übertragen. Mit diesem Tage gehen die Bureau des Verbandes auf Berlin über, während gleichzeitig die Restkreise auscheiden. Die Leitung des Verbandes liegt auch während der Abwicklungszeit in den Händen des bisherigen Geschäftsführers des Wohnungsverbandes, Stadtbaurats a. D. Weuster, der am 1. Dezember, am Tage der Auflösung des Wohnungsverbandes, aus dem Groß-Berliner Kommunaldienst ausscheidet.

Bürgermeister Dr. Warckh beurlaubt. Durch Beschluß des Bezirksausschusses zu Potsdam ist bekanntlich das durch Verfügung des Regierungspräsidenten zu Potsdam gegen den Reichstagsabgeordneten Bürgermeister Dr. Warckh mit dem Ziele auf Entfernung aus dem Amte eröffnete Disziplinarverfahren mit Rücksicht auf das Ergebnis der Voruntersuchung eingestellt worden. Eine Mitteilung des Reichsberger Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung besagt, daß Dr. Warckh auf Beschluß des Magistratskollegiums bis zu seiner eventuellen Beschäftigung durch den Magistrat Berlin beurlaubt worden ist, da die Stimmung sehr vieler Mitglieder der städtischen Körperschaften gegen Dr. Warckh eine sehr erregte ist, die ein gezieltes Zusammenarbeiten nach Ansicht des Magistrats unmöglich macht.

Die Nordostgruppe Seimadtreuer Oberlehrer Groß-Berlin veranlassen am 30. Sept., präzis 7 Uhr, in den Räumen der Brauerei Böhm, Prenzlauer Allee 242/247, einen Duzen Abend.

Ueber die Weltmission der Läufer spricht Pfarrer Dieler heute 7 1/2 Uhr in der Aula, Cassstr. 36.

Schöneberg. Stadtbaurat Dr. Wagner will zum 1. Oktober 1920 aus dem Dienst der Stadt ohne Anspruch auf Ruhegehalt entlassen werden, um das Amt des Geschäftsführers des von ihm gegründeten „Verbandes sozialer Vanbetriebe“ zu übernehmen. Stadts. Prof. Lassen soll gegen Dänen weiter die teilweise Leitung des Bauamtes haben, mit der er schon seit einiger Zeit als Dezernent betraut ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat zugestimmt.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, 28. September.

Such. Die letztmalig für heute angelegte Versammlung findet morgen Mittags statt.

Angewandte Kunst. Ordentliche Leibesübungen. Die in der heutigen Vorkonferenz anstehende Veranstaltung der Bunde findet nicht statt. Die Mitglieder der S. U. besuchen den von der Gemeindefortschrittskommission veranstalteten Vortrag „Die Arbeitsschule“ im Ruzum Tempelhof, Germaniastraße 6. — Nach Schluß des Vortrages treffen sich die Mitglieder zwecks Bekanntgabe wichtiger Informationen vor dem Ausgange des Ruzums.

Morgen, 29. September:

28. Abt. 7 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung in der Schulhaus, Schönhauser Allee 166 a. Referent: Genosse Reimann über „Die politische Lage.“ — Die Berichtsführer wollen an diesem Tage mit dem Ableitungsführer abrechnen.

Schwerhörigen-Gruppe. 7 Uhr Versammlung bei Paul Reimer, Kommandantenstr. 46. Bericht über Angelegenheiten. — Anstalt in Schwerhörigen-Angelegenheiten aller Art erteilt Gehör, Berlin, Dramenstr. 116, I. links, von 5-8 Uhr abends Auskunft über Hörschulung erteilt Julius Hepper, Berlin, Landsberger Allee 149, abends nach 6 Uhr.

Trepow-Vaunsaunweg. 7 1/2 Uhr abends: Mitgliederversammlung bei Daniel, Am Trepower Park 67. Tagesordnung: 1. Der Kampf um den Magistrat für das neue Groß-Berlin. Referent: Stadts. Gen. Dag. 2. Bericht von der Kreisversammlung des 15. Kreises und vom Bezirksrat Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.

Nähtung, Parteigenossen!

Nachm. 6 Uhr: Frauenversammlungen im Lehrereinkommenshaus, Alexanderstr. 41. Tagesordnung: Die 25 218/219 des Strafgesetzbuches (Unterbrechung der Schwangerschaft). Referent: Genossin Böhm-Schwarz, M. d. R. und Genosse Prof. Dr. Radbruch, M. d. R. — Tempelhof 7 1/2 Uhr bei Sandte, Ringbahnstraße.

Gewerkschaftsbewegung

Staatsbetriebe — Staatsaufträge.

Die ehemaligen Heeres- und Marinebetriebe sind laut Beschluß der Nationalversammlung vom 22. Oktober 1919 umzuwandeln. Diese Uebersetzung ist nach sachmännischem Urteil gelöst. Die Betriebe sind zu voll leistungsfähigen Werkstätten umgestaltet und infolgedessen die verschiedenen Fabriksysteme in besserer Qualität zu liefern. Insbesondere eignen sich diese im Staatsbesitz befindlichen Deutschen Werke A. G. zur Herstellung alles dessen, was der Staat für Eisenbahn, Post usw. gebraucht. Die bereits ausgeführten Lokomotiv- und Wagonreparaturen und Anfertigung von Einzelteilen beweisen die Leistungsfähigkeit. Aber die von den einzelnen Ministerien, Eisenbahn wie Post gegebenen Aufträge sind so gering, daß nur ein Teil der Arbeiterkraft beschäftigt werden kann und das in großem Maße investierte Kapital für den Staat nicht nutzbar wird. Obgleich sich Direktion und Vertreter der Arbeiter bemühen, an den Reichsstellen Gehör zu finden, muß festgesetzt werden, daß dort noch einige Leute mit maßgebendem Einfluß sitzen, die in systematischer Weise die Reichswerke bei der Vergabe von Arbeit boykottieren.

Die Privatindustrie und Handwerker haben Aufträge großen Stils erhalten, die Reichswerke müssen um Arbeit betteln. Dieser skandalöse Zustand führt jetzt dazu, daß einem erheblichen Teil der Arbeiterkraft des Reichswerks Spandau wegen Mangel an Arbeit gekündigt werden muß. Die Arbeiterkraft hat dazu Stellung genommen und ist gewillt, mit den schärfsten Mitteln diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, welche in so skrupelloser Weise die Staatsinteressen schädigen.

Die Arbeiterkraft hat ein großes Interesse am wirtschaftlichen Aufbau der Werke und des Reichs und ist gewillt, ihre Arbeitskraft voll in den Dienst zu stellen. Dazu ist aber nötig, daß die Reichsstellen den Reichswerken sofort Aufträge erteilen.

Die politischen Organe der Arbeiter haben die Pflicht, sich sofort dieser Sache anzunehmen. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 22. Oktober 1919 muß dahin erweitert werden, daß die Aufträge vergebenden Ministerien die Staatsbetriebe in erster Linie zu berücksichtigen haben.

Die von allen Seiten gepredigte Sparsamkeit muß die Reichsstellen veranlassen, sich der Reichswerke mehr anzunehmen. Die Kriegswirtschaft hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie der Staat und damit die Steuerzahler von der Privatindustrie geschöpft wurden. Es sei hier daran erinnert, daß bereits im „Vorwärts“ Nr. 366 vom 16. Juli 1920 auf die Aufgaben hingewiesen wurde, welche die Staatsbetriebe gegenüber den Reichswerken haben. Dieser ist aber nicht das Geringste geschehen, was auf eine Besserung schließen läßt. Möge man sich an den maßgebenden Stellen endlich des Ernstes der Lage bewußt werden.

Die Forderungen der Gemeindefürsorge.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Zentrale Berlin), die stark besucht war, fand Montag im Lokal „Königsbäum“ statt, um zu den Anträgen zum 6. Lohnrat in Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende herzlich die allrussische Gewerkschaftsdelegation, die neun Köpfe stark erschienen war. Die Versammlung hörte dann einen einstündigen Vortrag des Vorsitzenden K. S. W. vom allrussischen Gewerkschaftsverband. Der Redner entwickelte in seinem Vortrage die gleichen Gedankengänge, die er in der von uns berichteten Versammlung in der „Neuen Welt“ vorgebracht hatte.

Nach einem eingehenden Referat von Polensky über die Anträge zum 6. Lohnrat und einer lebhaften Debatte wurden folgende Forderungen beschlossen: Stundenlohn für ungelernete Arbeiter 5,50 M., für angelernte Arbeiter 5,70 M., für Handwerker 5,50 M., für Jugendliche von 14 Jahren 3,50 M., von 15 Jahren 3,80 M., von 16 Jahren 4,30 M., von 17 Jahren 4,80 M., für Kindererwerbsfähige 4,80 M. Stundenlohn für Arbeiterinnen: ungelernete 4,70 M., angelernte 4,80 M., qualifizierte 4,90 M., Jugendliche von 14 Jahren 2,80 M., von 15 Jahren 3,30 M., von 16 Jahren 3,80 M., von 17 Jahren 4,30 M. und Kindererwerbsfähige 3,80 M. — Dazu sind folgende monatliche Lohnbeiträge zu gewähren: Jugendliche unter 18 Jahren 65 M., Ledige über 18 Jahre und Verheiratete 150 M., für jedes noch zu verzehrende Kind unter 18 Jahren 75 M. — Das Personal der Müllabfuhr erhält zum Lohnsatz seiner Klasse einen Zuschlag von 20 Proz. Die in der Tabelle festgelegten Löhne gelten als Mindestlöhne. Zu den Löhnen der Klasse 1—3 und 5—7 tritt bei erworbener Arbeit ein Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde. Ob solche vorliegt, wird durch die Betriebsleitung im Benehmen mit dem Betriebsrat festgesetzt. Die Arbeiter aller technischen Betriebe werden als Schichtarbeiter entlohnt. — Für Überstunden über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus wird in der Zeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends ein Zuschlag von 80% Proz. und in der Nachtzeit von 60% Proz. gezahlt. Für planmäßige Nachtarbeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen und für nicht planmäßige Sonntagsarbeit ein solcher von 60% Proz., sowie für planmäßige Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. Soweit Frauen gleichwertige Arbeiten leisten, sollen sie den gleichen Lohn wie die Männer erhalten. Als solche Frauen gelten die Pflegerinnen in den städtischen Krank- und Pflegeanstalten. Der Tarif soll für die zwei Monate November und Dezember gelten.

Protest gegen willkürliche Entlassung.

Eine vom Zentralverband der Angestellten am Montag in der Volkshauserei abgehaltene öffentliche Versammlung von Angestellten bei den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigte sich

mit den Massenentlassungen bei den Behörden. Im Referat des Reichstagsabgeordneten Siebel sowie in der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Angestellten nicht für die Beschäftigung überflüssiger Arbeitskräfte einzustehen, daß sie nicht einzuwenden gegen den Abbau der Kriegsgesellschaften und die dadurch notwendigen Entlassungen, aber sie fordern, daß unvermeidliche Entlassungen nach den Grundätzen sozialer Gerechtigkeit und unter strengster Beachtung der Demobilisierungsverordnungen vorgenommen werden. Wenn schon jeder Privatmann sich bei Entlassungen nach diesen Verordnungen zu richten habe, so müsse das von den Behörden erst recht verlangt werden.

Nach einer in dem gleichen Sinne gehaltenen Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erheben auf das Entschiedenste Protest gegen die von der Regierung geplanten und zum Teil schon bewirkten Massenentlassungen von Angestellten. Sie erheben Einspruch gegen die fortwährende Schaffung neuer Beamtenstellen, wodurch die Angestellten von ihren Arbeitsplätzen verdrängt und die Behörden durch Schaffung eines geschlossenen Beamtenapparats wieder zu Bruchstätten der Reaktion gemacht werden sollen. Die Versammelten geben dem Zentralverband der Angestellten das Mandat, die Interessen der Angestellten in jeder Weise der Regierung gegenüber zu vertreten, insbesondere hinsichtlich der Entlassungen.“

Wirtschaft

Die Arbeitsdienstpflicht.

Um der steigenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden, hat der Wirtschaftsminister den schon früher von bürgerlicher Seite stark propagierten Gedanken der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht aufgegriffen. Man stellt sich diese Einrichtung im allgemeinen so vor, daß Arbeitsgruppen gebildet werden, Baugruppen, technische Gruppen usw. Wenn man von den heutigen wirtschaftlich freien und planlosen Verhältnissen ausgeht und glaubt, daß sie auch in Zukunft bestehen bleiben können, dann paßt sich dieser Gedanke der Aufgreifung aller Arbeitslosen von einem organisierten Arbeitslosenheer für Notarbeiten wohl ein. Die organisierte Arbeiterkraft dürfte diesem Plan jedoch kaum Sympathien entgegenbringen, der neben den Gewerkschaften ein besonderes Arbeitsheer entstehen lassen will, das sich der völligen Kontrolle durch die Gewerkschaften leicht entziehen und ein politisches Rechtsinstrument werden kann.

Die Gewerkschaften begnügen sich heute nicht mehr mit der Behandlung der Lohnfragen und sozialen Probleme, sondern sie erstreben die entscheidende wirtschaftliche Machtposition. Sie wollen durch ihre Betriebsräte einen mitbestimmenden Einfluß auf die Produktion ausüben, sie fordern heute, mitzentscheiden, was und wie produziert werden soll, denn hier liegt allein die Lösung des Arbeitslosenproblems. Das dürfte auch dem neuen Wirtschaftsminister nicht unbekannt sein.

Wir wissen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft Millionen-, ja Milliardenaufträge abgelehnt werden, wenn aus ihnen ein ausreichender Gewinn für das Kapital nicht mit Sicherheit in der Spekulation festgestellt werden kann. Auf die Arbeitslosen Rücksicht zu nehmen, gilt im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht als notwendig noch zwingend. Privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Interessen stehen sich hier hart gegenüber.

Es ließe sich sehr ernstlich darüber diskutieren, wie die ungelehrten Arbeitslosen geschult werden sollen, um sie für besondere Arbeitsgebiete besonders tüchtig zu machen, und es wäre sicher sehr wünschenswert, wenn das Reich die notwendigen Mittel und Einrichtungen dafür in größtem Ausmaß schaffen wollte. Aber auch diese Pläne könnten nur im engen Einbehalten mit den Gewerkschaften behandelt werden.

Wenn der neue Wirtschaftsminister nicht sehr bald mit anderen durchgearbeiteten Plänen kommt, die nicht an dem Kern der Probleme vorbeigehen, dann werden die Arbeiter, denen die Not sehr auf den Nagen brennt, sich sicher etwas stärker bemerkbar machen. Die Unternehmer lehnen Aufträge ab, die sie haben können, sie schütten Dividenden in unerhörter Höhe aus, statt sie den Betrieben nutzbar zu machen, sie verkaufen ihre Betriebe oder die Anteile an Ausländer zum Zweck der Kapitalflucht usw. Und allen diesen Vorgängen steht der Wirtschaftsminister hilflos gegenüber. Die Arbeiterkraft dürfte wohl berechtigt sein, den Minister zu fragen, wie er sich eigentlich die Lösung der Krise denkt, und ihn zu ermahnen, mit einem „Wiederaufbauprogramm“, das doch dem Volk versprochen wurde, endlich einmal hervorzutreten. Welche Wege die sozialistische Arbeiterkraft gehen will, dürfte dem Minister bekannt sein. Es wäre sicher für das deutsche Volk ein ungeheurer Gewinn, ja die Rettung, wenn dieser bürgerliche Minister zu der Erkenntnis käme und ihr Ausdruck verleihen wollte, daß er von seinem Ministerstuhl aus doch erkannt habe, daß die deutsche Wirtschaftskrise und mit ihr der Finanzzusammenbruch nicht zu überwinden sind ohne Übergang zu einer neuen Form der gesellschaftlichen Arbeit.

Abbau der neuen Braunkohlenlager in Oberschlesien. Das vor einigen Monaten in Rothaus bei Oppeln gefundene ergiebige Braunkohlenlager wird durch zwei Gewerkschaften im Tagbau abgebaut. Neuerdings sind auch in Komprachciz und Polnisch-Neudorf abbaufähige Braunkohlenlager erschlossen worden, deren Abbau in kürzester Zeit ebenfalls in Angriff genommen werden soll.

Soziales.

Heilverfahren in der Angestelltenversicherung.

Aus dem Bericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über das Geschäftsjahr 1919 ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre gegenüber 1918 11 165 — 85 Proz. Anträge auf Heilverfahren gestellt wurden. Die Zahl der Anträge betrug 1918 nur 10 464. Im folgenden Jahre war die Steigerung so groß, daß trotz des Rückgangs der Antragstellung in den Kriegsmontaten doch eine Erhöhung auf 20 187 Anträge eintrat. 1915 waren nur 15 079 zu verzeichnen. Dann stieg die Zahl auf 24 184 im 1916, 30 182 in 1917, 31 575 in 1918 und 43 040 im 1919. Das Kriegsjahr hat auf die Stellung von Heilverfahrensanträgen stark steigend eingewirkt, was zu einem Teil auf die Demobilisierung, zu einem wesentlichen Teil aber auch auf die allgemeinen schlechten gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes zurückgeführt wird.

Die eingegangenen Anträge betrafen im Berichtsjahr 1919 Bewährung von Jahnheilverfahren und größeren Heilmitteln 8007, Jahnheilverfahren 11 888, andere ständige Heilverfahren 22 271, Verusummierung Kriegsbeschädigter 283, Behandlung von Geschlechtskrankheiten 591.

Von 43 947 zur Entschädigung stehenden Anträgen (einschl. der aus dem Vorjahre unerledigt übernommenen und ausl. der Anträge Kriegsbeschädigter auf Verusummierung) wurden im Berichtsjahre 40 318 erledigt, davon: 26 275 = 65,18 Proz. durch Genehmigung des Heilverfahrens, 9948 = 24,66 Proz. durch Ablehnung, 1947 = 4,84 Proz. durch Zurücknahme des Antrags, 2033 = 5,08 Proz. durch anderweitige Erledigung und 95 = 0,24 Proz. durch Todesfall. Die 26 275 genehmigten Anträge betrafen: Jahnheilverfahren in 6094, ständige Heilverfahren in 18 841 und Bewährung größerer Heilmittel in 440 Fällen. Von den 18 841 genehmigten ständigen Heilverfahren wurden 8814 = 28,2 Proz. in Lungenheilverfahren, 4542 = 24,11 Proz. in Sanatorien, 7200 = 38,69 Proz. in Bädern, 620 = 3,29 Proz. in Spezialärztlicher Behandlung und 1075 gleich 5,71 Proz. unter Zuzugewährung der Reichsversicherungsanstalt durchgeführt. Die Gesamtzahl der Verusummertage bei den Heilverfahren betrug in Lungenheilverfahren 516 785 Tage, in Sanatorien 251 888 Tage, in Bädern 344 500 Tage, in Krankenhäusern, Privatkliniken usw. 2782 Tage.

An Anträgen Kriegsbeschädigter Versicherter auf Erstattung der Kosten der Verusummierung standen einschließl. 17 aus dem Vorjahre übernommenen 800 zur Entschädigung, von denen 240 endgültig erledigt wurden und zwar durch Bewilligung 129, durch Ablehnung 102, durch Zurücknahme 9 und in anderer Weise 7.

Die Kosten für Heilverfahren betrugen 17 429 195 M., hiervon wurden für besondere Zwecke 151 850 M. verausgabt, so daß für die Heilverfahren selbst 17 277 345 M. angewendet werden mußten. 1918 betrug die Gesamtausgabe für Heilverfahren 10 870 670 M. Die Kosten des einzelnen werden im Bericht auf rund 860 M. berechnet, 1918 auf 844 M., 1917 auf 816 M. und 1916 auf 463 M.

Die im Dienstgebäude Lauenburger Str. 10 in Berlin-Wilmersdorf eingerichtete besondere Austunftsstelle für Heilverfahrensanträge erteilte 1919 insgesamt in 12 704 Fällen Auskunft.

Aus aller Welt.

Verhaftung eines Hallenser Mörders in Hamburg. Die Hamburger Kriminalpolizei verhaftete den Kupfermeister Hugo Häufler, der von Halle an der Saale wegen Mordes an hawerner Landwirtensbruder feldmäßig verfolgt wurde.

Ein Arzt als Radiumdieb. Der „Frankfurter Zeitung“ wird in Verbindung mit den Radiumschleudern und den Radiumteilen über die Weisa-Werke in Frankfurt a. M. von dem Weisa-Radium-Institut mitgeteilt: Ein Münchener Frauenarzt ist an das Weisa-Radium-Institut, nicht an die Weisa-Werke, wie irrtümlich mitgeteilt wurde, herangekommen mit dem Ersuchen, ihm ein größeres Radiumquantum für Versuchszwecke zu besorgen. Später hat sich herausgestellt, daß der betreffende Arzt das Radium nicht für Zwecke seiner Forschung, sondern an Händler weiterleiten wollte. Das Radium-Institut ist also im vorliegenden Falle durch das Dazwischentreten eines Arztes, der Versuchszwecke angab, in unverantwortlicher Weise irreführt worden.

Die Zukunft des Frankfurter Zoologischen Gartens. In maßgebenden städtischen Kreisen ist die völlige Schließung des Frankfurter Zoologischen Gartens in Erwägung gezogen worden. Obgleich das Institut von erheblicher kultureller Bedeutung ist, glaubt man doch, daß ein jährlicher Zuschuß von 500 000 M. das Park dessen überlastete, das die Stadt zu leisten berechnigt sei. Bisher ist ein Verbot mit Einschränkung gemacht worden. Man will den Gesamtzuschuß zunächst in Höhe von 300 000 M. betwillingen.

Ausbruch in Wien. Montag nachmittag wurde die Petruskirche im 1. Bezirk in Wien von Einbrechern heimgesucht, die sich in die Kirche einschließen liehen und am Morgen flüchteten. Gestohlen haben sie aus erbrochenen Opferkästen den Inhalt, sowie von den Heiligenbildern Ketten und silberne Plättchen.

Absturz auf der Regalve. Vier Touristen verunglückten auf dem „Akademikersteig“ der Regalve tödlich.

Unsauberkeit englischer Schulen. In Bianella in England und weigeren sich 400 Kinder, in die Schule zu gehen, solange das Schulgebäude nicht gründlich gereinigt wird. Sie haben einen Protestzug durch die Stadt unter Zustimmung ihrer Eltern veranstaltet.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Hüter, Paletots, Damen-Rokos.
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Maß.
Für langjährige Verbindungen mit althergebrachten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
G. M. H.
Sekt. 1922, Gertraudenstr. 20-21, Sekt. 1922.

Zähne 3 M.
Teilszahlung 5 L. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 1,50. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Lind. Umrah. schlechtes. Ombone. Rep. oft.
Zahnarzt Wolf, Potsdamerstr. 53. Hochb. Sprechz. 4-7.

Verkaufe
Wasserschiff 100.—, Kerosin- (Wasserschiff) Wasserschiff, Auswahl! Überaus gut! Holzwaren! Trauringe! Grobwaren! Berlin! Postfähige! Einmalige! Wasser- (Wasserschiff) Wasserschiff, Auswahl! Überaus gut! Holzwaren! Trauringe! Grobwaren! Berlin! Postfähige! Einmalige!

Elektro-Motore
Leistung 1/2 bis 1000 W. Zylinder 1 bis 12. Preis 100 bis 1000 M. Lieferung und Montage. Elektr. Motoren, Leistung 1/2 bis 1000 W. Zylinder 1 bis 12. Preis 100 bis 1000 M. Lieferung und Montage.

Wasserschiff
Wasserschiff 100.—, Kerosin- (Wasserschiff) Wasserschiff, Auswahl! Überaus gut! Holzwaren! Trauringe! Grobwaren! Berlin! Postfähige! Einmalige!

Wasserschiff
Wasserschiff 100.—, Kerosin- (Wasserschiff) Wasserschiff, Auswahl! Überaus gut! Holzwaren! Trauringe! Grobwaren! Berlin! Postfähige! Einmalige!

Wasserschiff
Wasserschiff 100.—, Kerosin- (Wasserschiff) Wasserschiff, Auswahl! Überaus gut! Holzwaren! Trauringe! Grobwaren! Berlin! Postfähige! Einmalige!

Wasserschiff
Wasserschiff 100.—, Kerosin- (Wasserschiff) Wasserschiff, Auswahl! Überaus gut! Holzwaren! Trauringe! Grobwaren! Berlin! Postfähige! Einmalige!

Kaufgesuche
Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung.

Kaufgesuche
Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung.

Kaufgesuche
Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung.

Kaufgesuche
Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung, Platin, über Kagepreis, Veranlassung.

Unterricht
Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer.

Unterricht
Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer.

Unterricht
Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer.

Unterricht
Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer, Kaufmännische Privatlehre von Hugo Strohmeyer.

Arbeitsmarkt
Stellengesuch
Rechenbeleg als Rechenmeister oder Rechenhilfsmittel gesucht von selbständigen Handwerker, 37 Jahre, Angebote unter O. G. 17, Zeitungs-Zentrale, Marktstr. 26.

Arbeitsmarkt
Stellengesuch
Jungere Wirtin gesucht für Küche, 37 Jahre, Angebote unter O. G. 17, Zeitungs-Zentrale, Marktstr. 26.

Arbeitsmarkt
Stellengesuch
Stellengesuch, 37 Jahre, Angebote unter O. G. 17, Zeitungs-Zentrale, Marktstr. 26.

Arbeitsmarkt
Stellengesuch
Stellengesuch, 37 Jahre, Angebote unter O. G. 17, Zeitungs-Zentrale, Marktstr. 26.